



Traditionell ist die Entwicklungszusammenarbeit in Baden-Württemberg durch starke und effiziente zivilgesellschaftliche Organisationen, Netzwerke und Initiativen geprägt, was sich durch Mitsprache und Engagement auf die Entwicklungspolitik des Landes auszeichnet. Im Februar 2013 beschloss die Landesregierung neue Entwicklungspolitische Leitlinien für Baden-Württemberg, die in einem seinerzeit bundesweit einmaligen Beteiligungsprozess erarbeitet wurden. Über 1.500 Bürgerinnen und Bürger aus dem ganzen Land, sowie 120 Organisationen und Verbände haben die Entwicklungspolitik des Landes über die Initiative Welt:Bürger gefragt! aktiv mitgestaltet und tragen sie bis heute mit.

Auch nach Verabschiedung der Entwicklungspolitischen Leitlinien wird der entwicklungspolitische Dialog Welt:Bürger gefragt! fortgesetzt. Auf jährlich stattfindenden entwicklungspolitischen Landeskongressen überprüfen die Bürgerinnen und Bürger des Landes die Umsetzung der Leitlinien und entwickeln neue Handlungsvorschläge. Der aus Expertinnen und Experten der großen entwicklungspolitisch aktiven Netzwerke des Landes bestehende Rat für Entwicklungszusammenarbeit (REZ) berät die Landesregierung zudem in entwicklungspolitischen Fragen.

Auf staatlicher Seite ist Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg ein Querschnittsthema und insbesondere eine Chance für die klassischen Kernbereiche der Landespolitik: etwa bei der Bildungspolitik über die Verankerung des Globalen Lernens und Studierens in den Bildungsplänen der Schulen oder in den Studienplänen, Forschungsschwerpunkten und Internationalisierungsstrategien der Hochschulen; bei der Wirtschaftspolitik in den Bereichen öffentliche Beschaffung, (Außen-)Wirtschaftsförderung; beim Einbezug von Unternehmen in die Entwicklungspolitik oder beim Fairen Handel; bei der Umweltpolitik über Fragen der ökologischen Nachhaltigkeit.

In Baden-Württemberg ist Entwicklungspolitik eine Gemeinschaftsaufgabe, die in erster Linie vom effizienten und professionellen Engagement der Zivilgesellschaft getragen wird. Das Land fördert dieses Engagement, will es aber nicht ersetzen. Es schafft verlässliche Rahmenbedingungen, um die Entwicklungspolitik voranzubringen und ihre Akteure zu vernetzen und zu unterstützen. Die vom Land Baden-Württemberg gegründeten Stiftungen Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg und Baden-Württemberg Stiftung fördern, beraten und unterstützen private und kommunale Initiativen. Ein eigens für die Entwicklungszusammenarbeit gegründetes Referat im Staatsministerium steht den Bürgerinnen und Bürgern, den zivilgesellschaftlichen Organisationen, den Ministerien, den Kommunen und deren Spitzenverbänden sowie dem Landtag als direkter und kompetenter Ansprechpartner auf Seiten der Regierung zur Verfügung. Mit der Förderlinie bwirkt! unterstützt das Land jedes Jahr entwicklungspolitisches Engagement der Zivilbevölkerung im In- und Ausland sowie in Burundi. Im Jahr 2020 wurde das Fördervolumen auf insgesamt drei Millionen Euro angehoben, welche verschiedenen Akteuren zur Verfügung gestellt wurden.